Bundesrat **Drucksache 360/2/91**

18.06.91

Antrag

des Landes Rheinland-Pfalz

zum

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)

Ausgeliefert am 19. JUNI 1991

Punkt 1 der 632. Sitzung des Bundesrates am 21. Juni 1991

Der Bundesrat möge beschließen:

Die in der Empfehlungsdrucksache 360/1/91 aufgeführte Ziffer B erhält folgende Fassung:

"2. Der Bundesrat stellt fest, daß weitere Maßnahmen erforderlich sind, damit der zwingend notwendige Umbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern nicht zu einem wirtschaftlichen Niedergang, zu Entindustrialisierung und Entqualifizierung führt. Die wirtschaftliche Erfahrung der Menschen und ihre Fertigkeiten müssen genutzt und gewahrt werden, damit sie ihren Beitrag für das gemeinsame Deutschland leisten können. Über die im Bundeshaushalt 1991 festgelegten Entwicklungen hinaus ist für die Zukunft besonders auf die Entwicklung der Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Wohnungsbau und Verkehr, noch stärker zu achten. Die Bundesregierung sollte im Hinblick auf die fortbestehenden Finanzierungsprobleme - auch in den

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946

...

alten Bundesländern - das Bund-Länder-Verhältnis nicht durch einseitige Steuerverbesserungen zugunsten des Bundes belasten.

3. Die Herstellung einheitlicher Lebensbedingungen in Deutschland ist vordringlichste politische Aufgabe. Dem festzustellenden Verfall der bisherigen Absatzmärkte und der damit einhergehenden verschlechterten Arbeitsmarktsituation muß durch entsprechende wirtschafts- und sozialpolitische Flankierungen begegnet werden. Diesen Anliegen muß in den nächsten Jahren noch verstärkt Rechnung getragen werden.

4. Die Sicherung der Finanzausstattung der neuen Länder ab 1992 ist weiterhin ein vordringliches Ziel. Die notwendigen Maßnahmen dulden keinen weiteren Aufschub, um Planungssicherheit für die mittelfristige Gestaltung der öffentlichen Haushalte herzustellen und die mit der öffentlichen Verteilungsdiskussion einhergehende Verunsicherung des Kapitalmarktes - mit ihren weitreichenden negativen Folgen - zu beenden.

5. Der Bundesrat bekräftigt die Forderung, daß der Bund seiner Verpflichtung zur Übernahme der Subventionen aus den Bereichen Wohnungswirtschaft, Energie und Verkehr solange nachkommen muß, bis das in den westlichen Bundesländern existierende Förderinstrumentarium auch in den neuen Bundesländern effektiv umgesetzt werden kann.

6. Der Vorrang der deutschlandpolitischen Aufgaben darf nicht dazu führen, daß in den alten Ländern die Beseitigung finanzwirtschaftlicher Ungleichgewichte und die Behebung von Mängeln der Infrastruktur vernachlässigt werden.

7. Der Bundesrat weist erneut darauf hin, daß gerade wegen der Vereinigung Deutschlands dem weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Ländern, aber auch in den alten Ländern, hohe Priorität zukommt. Er verweist auf seine Stellungnahme vom 19. April 1991 (Drs. 50/91

- Beschluß -). Der Bundesrat erwartet daher, daß die Kürzungen im Verkehrsbereich insgesamt ab 1992 wieder rückgängig gemacht werden. Der Bundesrat geht davon aus, daß im Rahmen der nächsten Haushaltsplanungen Klarheit geschaffen wird.

8. Wie in seiner Stellungnahme vom 19. April 1991 (Drs. 50/91 - Beschluß -) ausgeführt, hält der Bundesrat daran fest, daß auch unter Ausschöpfung aller Umschichtungsmöglichkeiten dem steigenden Bedarf u. a. in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau sowie Hochschulbau ab 1992 durch eine deutliche Mittelaufstockung Rechnung getragen werden muß.

9. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung - auch im Hinblick auf die vorliegenden 5 Länderplanungen der Bundeswehr - erneut auf, das vom Bundesrat schon am 09.11.1990 (Drucksache 462/90 - Beschluß) geforderte Sonderprogramm zur Förderung von Strukturverbesserungen in besonders von Truppenreduzierungen und Rüstungseinschränkungen betroffenen strukturschwachen Standorten so schnell wie möglich zu konkretisieren und umzusetzen.

   Darüber hinaus bedauert der Bundesrat, daß es die Bundesregierung bisher versäumt hat, dem Anliegen einer vergünstigten Überlassung ehemaliger militärisch genutzter Liegenschaften an Länder und Gemeinden hinreichend Rechnung zu tragen. Der Bundesrat erwartet insbesondere, daß die Bundesregierung militärische Liegenschaften für Zwecke des sozialen und studentischen Wohnungsbaus und vor allem für strukturverbessernde Maßnahmen in ländlichen und strukturschwachen Räumen zu einem symbolischen Preis den Ländern und Gemeinden zum Kauf anbietet. Die Bundesregierung hat darüber hinaus dafür Sorge zu tragen, daß die überlassenen Liegenschaften frei von Altlasten sind.

10. Der Bundesrat hält eine weitere Kürzung der Verteidigungsausgaben für erforderlich.

...

360/2/91

Der Bundesrat hält es ferner für erforderlich, daß die Subventionen für die Kernenergie abgebaut werden. Neue umweltfreundliche Energietechnologien sollen gestärkt werden.

11. Angesichts der sich abzeichnenden Veränderungen der öffentlichen Haushalte zu Lasten von Ländern und Gemeinden - insbesondere durch Steuererhöhungen, die ausschließlich dem Bund zugute kommen, - erwartet der Bundesrat, daß auch die Länder spätestens ab 01.01.1992 einen größeren Anteil am Steueraufkommen erhalten.

12. Der Bundesrat hält daran fest, daß für die Mittel des Programms "Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" Verwahrkonten mit dem Ziel eingerichtet werden, daß die Mittel auch für das Jahr 1992 uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Der Bundesrat verweist auf seine Stellungnahme vom 19. April 1991 (Drs. 50/91 - Beschluß -)."